

**bmask**
**BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ**
XXIV. GP.-NR

646 /AB

12 März 2009**zu 554 /J**
**RUDOLF HUNDSTORFER
Bundesminister**

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel.: +43 1 711 00 - 0

Fax: +43 1 711 00 - 2156

rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at

www.bmask.gv.at

DVR: 001 7001

Frau
Präsidentin des Nationalrates (5-fach)
Parlament
1010 Wien

GZ: BMSK-40001/0004-IV/9/2009

Wien, 10. MRZ. 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 554/J des Abgeordneten Ing. Hofer und weiterer Abgeordneter**, wie folgt:

Frage 1:

Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand für Langzeitpflege am nominellen BIP stellt sich wie folgt dar (angemerkt wird, dass für das Jahr 2008 derzeit noch keine vollständigen Daten vorliegen):

Jahr	BIP %
2000	1,28
2001	1,26
2002	1,28
2003	1,26
2004	1,30
2005	1,32
2006	1,27
2007	1,36

Quelle: BMASK, WKO Wirtschaftslage und Prognose, Stand Dezember 2008

Frage 2:

In der nachstehenden Tabelle sind die Geldleistungen des Bundes und der Länder in den Jahren 2000 - 2007 aufgelistet. Für das Jahr 2008 liegen derzeit noch keine vollständigen Daten vor.

Geldleistungen in Mill. Euro			
Jahr	Bundespflegegeldgesetz	Landespflegegeldgesetz	Geldleistungen gesamt
2000	1.397,5	273,3	1.670,8
2001	1.426,9	267,5	1.694,4
2002	1.433,0	274,3	1.707,3
2003	1.470,6	277,3	1.747,9
2004	1.489,3	284,6	1.773,9
2005	1.566,4	294,0	1.860,4
2006	1.621,4	303,6	1.925,0
2007	1.691,5	312,5	2.004,0

Quelle: BMSK

Sachleistungen der Pflegevorsorge 2000 - 2007
--

Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht über die Nettoaufwendungen der Länder für Sachleistungen (inklusive der Leistungen für Menschen mit Behinderungen) in Millionen Euro. Alle Zahlen beruhen auf den Angaben der Länder. Für 2008 liegen derzeit noch keine Zahlen vor.

Jahr	Ambulante Dienste¹	Teilstationäre Dienste²	Stationäre Dienste³	Nettoaufwand Gesamt
2000	197,41	31,56	793,69	1.022,66
2001	179,88	45,80	808,91	1.034,59
2002	181,14	64,21	869,26	1.114,61
2003	187,34	64,81	858,02	1.110,17
2004	199,54	72,94	1.026,87	1.299,35
2005	213,44	79,70	1.094,29	1.387,43
2006	237,12	89,70	1.005,52	1.332,34
2007	257,61	160,79	1.268,30	1.686,70

Quelle: BMSK, Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2000 bis 2007.

Für 2000 bis 2006 zusätzliche Erhebungen des WIFO.

¹⁾ Ohne Steiermark

²⁾ Ohne Steiermark und Kärnten

³⁾ Niederösterreich inkl. Daten zu den Teilstationären Diensten

Frage 3:

Von der Europäischen Kommission wurde im Jahr 2006 der Bericht "The impact of ageing on public expenditure: projections for the EU25 Member States on pensions, health care, longterm care, education and unemployment transfers (2004-2050), Report prepared by the Economic Policy Committee and the European Commission (DG ECFIN)," veröffentlicht.

Darin finden sich auch die Ausgaben für Langzeitpflege der meisten EU-Mitgliedsstaaten als Anteil vom BIP und Projektionen über die künftigen Ausgaben in diesem Bereich. Aufgrund des Umfangs des Berichtes und der darin enthaltenen Erläuterungen und Annahmen für die Projektionen ist die Darstellung einzelner Werte ohne das Studium dieser Hintergrundinformationen aber nicht zielführend. Überdies wird bemerkt, dass den Projektionen für Österreich nur die Ausgaben für das Bundespflegegeld und keine Ausgaben der Länder im Pflegebereich zugrunde gelegt wurden.

Frage 4:

Nachstehend wird die Zahl der Pflegegeldbezieher des Bundes und der Länder in den Jahren 2000 bis 2008 angeführt:

➤ Pflegegeldbezieher nach dem Bundespflegegeldgesetz:

Jahr	Anzahl der Bezieher
2000	274.152
2001	280.429
2002	285.183
2003	287.975
2004	298.265
2005	313.873
2006	324.919
2007	335.072
2008	344.744

Stand: Jahre 2000 bis 2008 Dezember des jeweiligen Jahres

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,
Pflegegeldstatistik des BMSK

➤ Pflegegeldbezieher nach dem Landespflegegeldgesetzen:

Jahr	Anzahl der Bezieher
2000	51.212
2001	51.763
2002	53.269
2003	54.253
2004	56.709
2005	57.748
2006	59.495
2007	60.919
2008	

Stand: Jahre 2000 bis 2007 Dezember des jeweiligen Jahres Jahr 2008 noch keine Daten vorhanden

Quelle: Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge für die Jahre 2000 bis 2006, Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007

Fragen 5 und 6:

Auf der Grundlage von den Ländern gemeldeten (unvollständigen) Daten für die Sachleistungen ergeben sich folgende Beträge:

Jahr	Geldleistungen gesamt	Sachleistungen netto gesamt	Langzeitpflege gesamt	Kosten pro Kopf	prozentuelle Entwicklung
2000	1.670,80	1.022,66	2.693,46	8.278,30	
2001	1.694,40	1.034,59	2.728,99	8.215,10	-0,76
2002	1.707,30	1.114,61	2.821,91	8.337,70	1,49
2003	1.747,90	1.110,17	2.858,07	8.351,36	0,16
2004	1.773,90	1.299,35	3.073,25	8.657,68	3,67
2005	1.860,40	1.387,43	3.247,83	8.739,63	0,95
2006	1.925,00	1.332,34	3.257,34	8.473,52	-3,04
2007	2.004,00	1.686,70	3.690,70	9.320,16	9,99

Quelle: Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge für die Jahre 2000 bis 2006, Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007, zusätzliche Erhebungen des WIFO für die Jahre 2000 bis 2006, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Die Kosten pro Kopf für die Langzeitpflege nahmen vom Jahr 2000 mit 8.278,30 Euro bis zum Jahr 2007 auf 9.320,16 Euro zu; dies entspricht einer Steigerung um 12,59%. Für das Jahr 2008 liegen noch keine Daten vor.

Laut Studie des WIFO über die "Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge" aus dem Jahr 2008 werden die Kosten der Langezeitpflege bis zum Jahr 2030 nach einem Mittelszenario um rund 160% anwachsen.

Im Übrigen darf ich auf die Homepage des BMASK (www.bmask.gv.at) verweisen, auf der die gesamte WIFO Studie zum Thema „Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge“ unter <http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0099> abrufbar ist.

Frage 7:

Das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode sieht im Kapitel „Pflege und Betreuung“ die Einrichtung eines Pflegefonds vor.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Neugestaltung der Pflegevorsorge“ wurde vom WIFO die Studie „Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge“ erstellt. Aufbauend auf dieser Grundlage werden Gespräche mit den Ländern und dem Bundesministerium für Finanzen geführt werden.

Fragen 8 und 9:

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die bereits mit 1. Jänner 2009 in Kraft getretene Novelle zum Bundespflegegeldgesetz hinweisen, die unter anderem die folgenden Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen enthält:

- Erhöhung des Pflegegeldes der Stufen 1 und 2 um 4%, der Stufen 3 bis 5 um 5% und der Stufen 6 und 7 um 6%.
- Verbesserungen bei der Pflegegeldeinstufung von schwerst behinderten Kindern und Jugendlichen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr und von schwer geistig oder schwer psychisch behinderten, insb. demenziell erkrankten Personen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr.

Diese Verbesserungen wurden auch von den Ländern im Rahmen der Landespflegegeldgesetze übernommen.

Ob darüber hinaus eine laufende jährliche Valorisierung des Bundespflegegeldes normiert werden wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden und wird auch im Zusammenhang mit der gesamten budgetären Situation des Bundes zu sehen sein.

Mit freundlichen Grüßen

